



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

INGO KRAMER

Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

VORFAHRT FÜR MEHR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND!



INGO KRAMER

Ingo Kramer wurde 1953 in Bremerhaven geboren. Nach seinem Abschluss als Diplom-Wirtschaftsingenieur an der Technischen Universität Karlsruhe übernahm er in dritter Generation die Leitung des Familienunternehmens J. Heinr. Kramer.

Im November 2013 wurde er zum Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gewählt. Neben seinem Amt als Arbeitgeberpräsident engagiert er sich in zahlreichen Ehrenämtern, unter anderem als Vorstandsvorsitzender der Stiftung der Deutschen Wirtschaft.

VORTRAG AM 7. MAI 2015



Lieber Herr Behrendt, wir beide kennen uns von der Seenotrettung, der DGzRS, der wir beide angehören. Das gibt mir Gelegenheit, darüber ein paar Worte zu sagen. Die Seenotrettung, tätig an der gesamten deutschen Nord- und Ostseeküste, verfügt über etwa 60 Schiffe mit allen möglichen Namen. Darunter befinden sich verstorbene Vorleute, verdiente Seenotretter, Städtenamen. Wissen Sie, meine Damen und Herren, welchen Namen kein Seenotrettungskreuzer trägt? Es gibt keinen Rettungskreuzer „Hamburg“. Wir bauen gerade, drei Boote sind in Auftrag gegeben worden. Ich finde, einer der Rettungskreuzer müsste den Namen „Hamburg“ tragen. Das braucht nur ein bisschen Geld. Die Hamburger Kaufmannschaft könnte da behilflich sein.

Der Generalkonsulin der Vereinigten Staaten, Frau Corbett, bin ich außerordentlich dankbar für die Worte, die wir hier gehört haben. Dass die Vereinigten Staaten eine solch fulminante Diplomatin nach Hamburg gesandt haben, die Hamburg so geschildert hat, wie man das als Bremerhavener besser ja gar nicht wahrnehmen kann, finde ich toll. Sie sind ein wunderbares Aushängeschild für Ihr Land, und Sie sind ein wunderbares Aushängeschild für Hamburg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der diesjährige Übersee-Tag fällt in eine Zeit voller Unsicherheiten und Unwägbarkeiten. Wir erleben politische Krisen und kriegerische Auseinandersetzungen in einem Umfang, wie wir das lange nicht mehr für möglich gehalten haben. Wir erleben Flüchtlingsdramen, die sich unmittelbar vor Europas Grenzen abspielen, und wir erleben Naturkatastrophen, die Tausenden Menschen den Tod, Elend und Not bringen.

Europa

Wir sind auch Zeuge ökonomischer Krisen, die weiterhin ungelöst sind. Die leidige europäische Staatsschuldenkrise ist längst noch nicht überwunden. Noch immer wissen wir nicht, wohin uns die griechische Odyssee führen wird. Griechenland ist ein Problem für die Euro-Zone – aber eines, das meiner Meinung nach zu bewältigen ist. Sicherlich, die griechische Regierung hat in letzter Zeit nicht gerade Vertrauen geschaffen – was die solide und belastbare Verfolgung ihrer Ziele angeht.

Ökonomisch wäre ein GREXIT für Europa verkraftbar. Der Euroraum steht inzwischen wirtschaftlich besser da und hat Krisen-Mechanismen etabliert. Politisch aber habe ich große Bedenken, ob ein GREXIT für Europa zu schultern wäre und Griechenland helfen würde. Europa wäre den Beweis schuldig geblieben, auch in schwierigen Zeiten solidarisch Probleme zu lösen. Besser als ein GREXIT wäre eine konsequente Umsetzung von notwendigen Reformen und die Einführung einer soliden Haushaltspolitik in Griechenland.

Lage in Deutschland

Wenn wir uns all diese Krisen und Konflikte vor Augen führen, erscheint es uns wie ein immenser Widerspruch, dass wir hier in Deutschland derzeit sagen können: Ja, es geht uns gut, und vielen geht es sogar sehr gut:

- Noch nie waren hierzulande so viele Menschen erwerbstätig wie heute.
- Die Steuereinnahmen steigen von Rekord zu Rekord, die Sozialkassen melden Milliardenüberschüsse.
- Die Bürgerinnen und Bürger sind konsumfreudiger denn je.
- Und in den Auftragsbüchern der Unternehmen haben sich auch schon schlechtere Zeiten widergespiegelt.
- Seit Wochen wird die Wachstumsprognose kräftig nach oben geschraubt, und ein Ende der guten Nachrichten scheint nicht in Sicht, vorausgesetzt, dass uns die Lokomotivführer keinen Strich durch die Rechnung machen.

Dabei hatten wir vor zehn Jahren in Deutschland eine gänzlich andere Situation: Über fünf Millionen Menschen waren arbeitslos, uns wurde der traurige Titel „Kranker Mann Europas“ verliehen. Das ist heute Gott sei Dank nicht mehr so. Entsprechend erleben wir, dass unsere Politiker in solchen Zeiten gerne großzügig sind und soziale Wohltaten verteilen. Wir müssen aufpassen: Wir dürfen die augenblickliche Situation nicht als gottgegeben betrachten, sondern sollten auf der Hut sein.

Wir haben die Pflicht, über den Tellerrand zu schauen, an kommende Generationen zu denken und Sorge zu tragen, dass wir unseren mühsam erarbeiteten Status nicht nur bewahren, sondern unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter und stetig stärken. Leider habe ich den Eindruck, dass wir diese Pflicht nicht genügend ernst nehmen, und das erfüllt mich mit großer Sorge.

Ich frage mich, ob wir wirklich gut für die Zukunft gerüstet sind. An etlichen Stellen bröckelt die Infrastruktur. Nur ein Beispiel sind unsere Verkehrswände, deren Zustand vielerorts miserabel ist. Davon können vor allem wir hier im Norden ein Lied singen. Sanieren und Ausbauen ist das Gebot der Stunde! Damit ist es aber nicht getan. Wir stehen vor einer Reihe von weiteren Herausforderungen und Zukunftsaufgaben, die wir nicht auf die lange Bank schieben dürfen, sondern mit Entschlossenheit und Mut angehen müssen.

Fachkräftemangel

In Zeiten des demografischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung vieler Bereiche unserer Wirtschaft und Gesellschaft wiegt der Fachkräftemangel immer schwerer. Jedes vierte Unternehmen in Deutschland ist mittlerweile mit Fachkräfteengpässen konfrontiert. Das können wir nur ändern, wenn wir sowohl die inländischen Potenziale besser ausschöpfen als auch Fachkräfte aus dem Ausland integrieren. Erfreulicherweise besteht heute ein breiter, parteiübergreifender Konsens darüber, dass wir angesichts einer deutlich schrumpfenden und alternden Bevölkerung Arbeitskräfte in erheblichem Umfang auch aus dem Ausland brauchen.

Auch für eine erfolgreiche Integration von Asylbewerbern und sogenannten Geduldeten in den Arbeitsmarkt müssen wir uns mehr einsetzen, als wir es bisher tun. Viele bleiben für längere Zeit oder sogar für immer in Deutschland. Es ist wichtig, dass sie zügig ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und sich in die Gesellschaft integrieren können.

Bildung

Wie kaum eine andere Volkswirtschaft agiert Deutschland durch seine starke Exportorientierung global. Bildung und Qualifizierung der jungen Menschen in Deutschland sind dabei entscheidende Erfolgsfaktoren. Die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft entscheidet sich in Klassenzimmern, Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und Hörsälen. Wir alle werden nicht müde, bei jeder passenden Gelegenheit darauf hinzuweisen.

Aber tun wir auch genug? Jährlich 50.000 Schulabrecher, fast 20 Prozent nicht ausbildungsfähige Jugendliche und Abbruchquoten von durchschnittlich knapp 30 Prozent an den Hochschulen sind verschenkte Potenziale.

Die Schulen fühlen sich mit ihren wachsenden Aufgaben – wie etwa der Inklusion von Menschen mit Behinderungen oder dem Ausbau von Ganztagsangeboten – häufig alleingelassen. 70 Prozent der Eltern wünschen sich eine Ganztagschule, aber nur knapp jedes dritte Kind besucht eine Schule mit Unterricht oder Betreuung am Nachmittag. Die Liste der Negativbeispiele in unserem Bildungssystem ist noch deutlich länger und zeigt, dass wir noch längst nicht auf dem richtigen Weg sind. Wir müssen hier ran und um jeden einzelnen der jungen Menschen kämpfen.

Energiewende

Eine weitere Herausforderung, die uns alle umtreibt, ist die nach wie vor unzureichende Umsetzung der Energiewende. Für die Unternehmen in Deutschland sind die Stromkosten längst zu einem zentralen Standortfaktor geworden. Als Folge der rapide steigenden Strompreise werden Investitionsentscheidungen zusehends auf den Prüfstand gestellt. Dies ist kaum verwunderlich, wenn man sich die Strompreise bei unseren Wettbewerbern ansieht: In der EU bezahlen Industrieunternehmen im Schnitt 20 Prozent weniger als in Deutschland.

Und auch wenn wir uns gegenwärtig über die günstige Ölpreisentwicklung freuen, muss uns klar sein, dass dieses Glück nicht von Dauer sein wird. Um das Investitionsumfeld in Deutschland zu verbessern, muss sich die Bundesregierung an eine zügigere Marktintegration der erneuerbaren Energien heranwagen und das Projekt eines gemeinsamen europäischen Energiebinnenmarktes entschlossener vorantreiben.

TTIP

Ich weiß nicht, ob Sie es schon wussten: Aber in naher Zukunft droht der Untergang des Abendlandes. Dann nämlich, wenn die EU endgültig vor den USA kapituliert und die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP unterzeichnet. So jedenfalls stellt sich die Lage aus Perspektive überzeugter TTIP-Gegner dar.

Wir sind hier in Hamburg – einer Stadt, die wie kaum eine andere in Deutschland für Weltoffenheit und internationalen Handel steht. Ihnen hier in der Hansestadt muss die ideologische Diskussion über TTIP besonders grotesk erscheinen. Wir leisten uns eine Debatte, die auch im benachbarten Ausland mit zunehmendem Staunen beobachtet wird. Ausgerechnet Deutschland, der Exportweltmeister, der vom regen Handel mit den Ländern der ganzen Welt profitiert, der vom kranken Mann Europas zum wirtschaftlichen Motor Europas aufstieg, ausgerechnet Deutschland hat offenkundig eine panische Angst vor TTIP.

Die immer mehr um sich greifende Mentalität, einfach „Nein“ zu sagen, macht mir durchaus Sorgen. Bei TTIP geht es um faire Spielregeln im transatlantischen Handel. Mit den USA und der EU verhandeln die beiden größten Wirtschaftsräume der Welt mit den höchsten Umwelt-, Verbraucher und Arbeitsstandards. So haben wir gemeinsam die Chance, für die gesamte globale Wirtschaft in unserem Sinne Maßstäbe auf hohem Niveau zu setzen. Diese Möglichkeiten dürfen wir nicht leichtfertig vergeben. Bei dieser Diskussion dürfen wir auch nicht übersehen, dass für deutsche Unternehmen die USA der wichtigste Absatzmarkt außerhalb Europas sind. Doch gerade kleinen und mittleren Unternehmen fällt es oftmals schwer, ihre Waren auf dem amerikanischen Markt anzubieten. Das liegt vor allem an unterschiedlichen Regulierungs- und Zulassungsvorschriften. Davon sind zum Beispiel Maschinenbau, Elektroindustrie und Automobilzulieferer betroffen. Konkret bedeutet das: Damit deutsche Unternehmen ihre Produkte auch in den USA vermarkten können, müssen sie Prüf- und Zulassungsverfahren doppelt durchlaufen – einmal in Europa und dann noch ein zweites Mal für die USA.

Kleine und mittlere Unternehmen können sich diesen doppelten Bürokratieaufwand und die zusätzlichen Kosten oft schlichtweg nicht leisten. Die Chance auf neue Absatzmärkte, mehr unternehmerisches Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze geht so verloren. TTIP ist die Gelegenheit, überflüssige Doppelzulassungen und unterschiedliche Prüfanforderungen aus dem Weg zu räumen. Dies setzt selbstverständlich voraus, dass hohe europäische Schutzstandards für Arbeitnehmer, Verbraucher und Umwelt gewahrt werden.

Wo ein vergleichbares Schutzniveau sichergestellt ist, kann die gegenseitige Anerkennung von Zulassungsanforderungen erhebliche Erleichterungen bringen. Davon profitieren übrigens nicht nur die Unternehmen und ihre Beschäftigten: Neue Absatzchancen bedeuten auch mehr Produktauswahl für Kunden und Verbraucher. Dass die Verhandlungen zu TTIP noch in diesem Jahr abgeschlossen werden können, wird immer unwahrscheinlicher. Und noch ist gar nicht klar, wie das Abkommen am Ende genau aussehen wird. TTIP aber weiterhin einfach zu verdammnen ist ein falscher und gefährlicher Weg. Ich plädiere dringend dafür, die Diskussion endlich mit mehr Sonnenheit und Weitblick zu führen. Es gilt jetzt, die Chancen des transatlantischen Abkommens in den Blick zu nehmen.

Schluss

Morgen, am 8. Mai 2015, begehen wir den 70. Jahrestag des Kriegsendes. Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Entwicklung zu sichern: Das ist der EU mehr als 50 Jahre lang gelungen. Diese Errungenschaften zu bewahren und für die Zukunft zu festigen wird vielleicht die größte Herausforderung für uns alle sein.

Wenn wir uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen, sondern uns den vor uns liegenden Herausforderungen ehrlich, mutig und engagiert stellen, braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein.

Nur ein Deutschland, das seine Hausaufgaben macht und auf Innovationen, Flexibilität und Freiheit statt auf Gängelung und Bürokratie setzt, wird im internationalen Verbund ein wettbewerbsfähiger und erfolgreicher Partner sein.

Daher wünsche ich mir Vorfahrt für Wachstum und Beschäftigung!

